

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 43

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 DM. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 16. Oktober 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8—12 IV.
Fernruf: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

Vor entscheidenden Kämpfen.

Nach einem Auflösungsdekret des Reichspräsidenten wurde der am 31. Juli d. J. gewählte Reichstag schon am 12. September wieder aufgelöst, „weil die Gefahr bestehe, daß der Reichstag die Notverordnung vom 4. September verlangt“. Durch das robuste Vorgehen des Nazi-Reichspräsidenten war jedoch schon wenige Minuten vorher ein solcher Antrag tatsächlich angenommen worden. Mit der überwältigenden Mehrheit von 513 gegen 32 Stimmen hatte der Reichstag bei 50 Stimmenthalten der Regierung Papen ein Mißtrauensvotum ausgesprochen und zu gleicher Zeit die Aufhebung der Notverordnung beschlossen. Ob dieses vernichtende Urteil noch geschäftsordnungsmäßig zulässig war oder nicht, ist bei der Beurteilung der ganzen Angelegenheit ziemlich nebensächlich. Entscheidend bleibt die Tatsache, daß die Regierung von demselben Reichstag eine beispiellose Niederlage erlitt, den sie in der sicheren Erwartung hatte wählen lassen, daß er ihr einen besseren Halt geben würde.

„Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Dieser Grundsatz, der an die Spitze der deutschen Reichsverfassung gestellt ist, sagt unzweideutig, daß die Volkvertreter im Reichstag die Reichsregierung zu wählen haben und diese zurücktreten muß, wenn sie nicht mehr dessen Vertrauen hat.

Daß die Papen-Regierung trotz dieser ungeheuren Niederlage nicht die für jede parlamentarische Regierung selbstverständliche Konsequenz zog und zurücktrat, vielmehr welter im Amt verblieb und uns weiter Notverordnungen präsentiert, zeigt deutlich, wohin wir gekommen sind und was wir zu erwarten haben, wenn wir uns nicht endlich auf unsere eigene Kraft besinnen und geschlossen dagegen Frot machen.

Haben die sozialdemokratischen Arbeiter nicht dieselben Sorgen, drücken sie nicht dieselben Nöte wie die kommunistischen, christlichen oder nationalsozialistischen Arbeiter? Ist es nicht offensichtlich, daß alle reaktionären Kreise in den letzten Jahren sich darin einig waren, die namenlose Not und Verzweiflungstimmung der Arbeiterschaft zu einer Hege gegen die Gewerkschaften und den „Marxismus“ auszunutzen? Spricht es nicht Bände, wenn die angeblich so sehr unter Soziallasten seufzende Industrie, Landwirtschaft und Finanzkreise nach Schätzungen gut unterrichteter Kreise seit 1930 für die nationalsozialistische Bewegung 150 bis 200 Millionen Mark hingegeben haben! Glauben denn die nationalsozialistischen Arbeiter im Ernst, daß das Großkapital 200 Millionen Mark im Interesse der Arbeiterschaft geopfert habe? Leuchtet ihnen nicht ein, daß man diese namenlose Hege der Arbeiterschaft untereinander nur zu dem

Zweck gefördert hat, um desto ungestörter aus ihrer Haut Riemen schneiden zu können?

Herr Hitler hat am 13. August nach seiner Rücksprache beim Reichspräsidenten wegen eventueller Ernennung zum Reichszugler von Hindenburg den wohlverdienten Fußtritt erhalten. Und das mit Recht! Hat er doch neben anderen bescheidenen Forderungen nicht mehr und nicht weniger gefordert, als

daß ihm vor der amtlichen Uebernahme drei Tage lang die Straße — unter Zurückziehung der staatlichen Machtmittel — für seine SA freigegeben würde.

Was das heißen soll, wird jedem verständlich, wenn wir an frühere Äußerungen prominenter Naziführer erinnern, „daß erst 5000 Margisten u. m. g. l. e. g. t. werden sollen“... ehe man die Macht ergreift. Hätte er aber die Macht ergriffen, dann wehe der Arbeiterschaft, der dann zu spät erst die Augen über ihr Unglück aufgingen wären. Man braucht nur auf Mussolinis faschistische Gewalt Herrschaft in Italien als warnendes Beispiel zu verweisen.

Die Regierung Papen ist aber nur mit Hilfe Hitlers und der nationalsozialistischen Bewegung ans Ruder gelangt. Das hat Dr. Goebbels offen ausgesprochen. Das bedeutet also, daß die Arbeiterschaft von beiden nichts anderes erwarten kann. Und wenn die so unsanft ausgeschiffen nationalsozialistischen Phrasen noch so sehr in Opposition gegen die Regierung machen: es ist nichts als Brotneid. Im Grunde genommen sind sie ein Herz und eine Seele.

Resigniert, verzweifelt, voll Empörung sieht die Arbeiterschaft seit langem diesem Treiben zu. Viele fragen sich, ob es denn überhaupt noch einen Zweck hat, wählen zu gehen. Sie verweisen mit einem gewissen Recht darauf, daß sie in den letzten Jahren häufig zur Wahlurne gegangen sind und es doch von einer Wahl zur anderen schlechter um die Rechte der Arbeiterschaft geworden ist. Sie übersehen nur dabei, daß die Unternehmer es verstanden haben, die Arbeiterschaft mit allen Mitteln auseinanderzubehalten, sie zu spalten und damit zu schwächen. Wer aufmerksam die Dinge betrachtet, braucht bloß einen Vergleich der jetzigen Verhältnisse mit denen von 1919 zu ziehen, wo die Sozialdemokratische Partei 45 Proz. der Wählerstimmen auf sich vereinigte. Die Erfolge der damaligen Zeit wären unmöglich gewesen, wenn wir nicht diese machtvolle Vertretung im Parlament gehabt hätten. Denn noch heute gilt das Wort Bismarcks, das er vor mehr als vier Jahrzehnten im Reichstag aussprach: „Ohne Sozialdemokratie keine soziale Gesetzgebung.“

Daraus ergibt sich die Pflicht, am 6. November für die Liste 2 der SPD. zu stimmen.

Radikalisierung der Jugend.

I.

Es geschieht für die Jugend selbst, wenn die immer stärker um sich greifende Ueberpolitisierung und Radikalisierung der Jugendlichen, die in den radikalen Parteien der Nationalsozialisten und der Kommunisten zu üblen Auswirkungen kommt, von den Gewerkschaften entschlossen bekämpft wird. Wohl noch niemals in der Geschichte der Klassenkämpfe ist der Welt ein so widerliches Schauspiel geboten worden, wie es heutzutage bald hier, bald dort von nationalsozialistischen und kommunistischen Fanatikern aufgeführt wird. Außer ihnen ist sich alle Welt darüber klar, daß die alltäglichen Gewalttätigkeiten zwischen politischen Gegnern, die Prügeleien, Schießereien und Messerstechereien von schlimmster kultureller Rückständigkeit zeugen. Nur ausgemachte Hohlköpfe können annehmen, daß diese sinnlose Lummel- und Knüppelpolitik irgend etwas mit dem Klassenkampf zu tun hat. Die üble Gewaltpolitik der Nazis und der Kozis hat nur einen Vorzug: sie ist bequem. Jeder Hergelaufene kann diese „Politik“ mitmachen; denn er braucht dabei nichts zu wissen und zu verstehen von den Schwierigkeiten des modernen Klassenkampfes, wie ihn die Gewerkschaften führen müssen. Er braucht keine Ahnung zu haben von beruflichen und wirtschaftlichen Zusammenhängen, von den Rechtsverhältnissen, von der Maschinerie der Gesetzgebung usw.; ein großes Maul hilft ihm über alles hinweg. Demgegenüber muß aber gerade die Jugend darauf hingewiesen werden, daß der moderne Klassenkampf andere Qualitäten notwendig macht als die Handhabung von Schießereien und Schlagringen. Der Klassenkampf ist heute mehr denn je in erster Linie ein geistiger Kampf.

Wenn die Arbeiterschaft ihrem sozialen Gegenspieler, dem Unternehmertum, geistig nicht mindestens gleichwertig ist, wird sie immer der unterliegende Teil sein. Wenn sie das wirtschaftliche Getriebe beherrschen und meistern will, muß sie auf die Heranbildung wirtschaftlich und sozialpolitisch geschulter Funktionäre aus ihren eigenen Reihen, insbesondere aber aus der Jugend, eifrig bedacht sein. Die jungen Kollegen sollen auf dem Vorhandenen aufbauen und das Wert fortsetzen helfen, das andere vor ihnen begonnen haben. Dazu werden sie um so besser in der Lage sein und um so freudiger mithelfen, je mehr sie die in der Vergangenheit liegenden Kämpfe gerecht zu würdigen wissen, je zuverlässiger sie in kritischen Situationen die tieferen Zusammenhänge der gewerkschaftlichen Kampfakt und des Wirtschaftslebens zu erkennen vermögen.

Diesen Notwendigkeiten steht leider die Tatsache gegenüber, daß ein beträchtlicher Teil der

Jugend dem nationalistischen oder revolutionären Phrasentum und damit dem politischen Radikalismus anheimfällt. In dieser Beziehung kommt einigen Feststellungen über die Entwicklung und Wandlung in den Jugendverbänden im Jahre 1931 erhöhte Bedeutung zu, die in einem sehr lehrreichen Aufsatz im „Jungen Deutschland“, Zeitschrift des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, enthalten sind. Als wichtigstes und charakteristisches Merkmal wird darin die fortschreitende Politisierung und Radikalisierung der Jugend angegeben. Die Uebersicht selbst stützt sich auf Zeitschriften und Tagungsberichte der einzelnen Jugendverbände.

Die Politisierung sei in dreifacher Hinsicht gegeben: einmal in der Tatsache, daß politisches und wirtschaftliches Geschehen heute im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Jugend steht, zum anderen darin, daß die Jugend heute nicht mehr politische Bildung als Grundlage selbstverantwortlicher Untersuchung sucht, sondern Festlegung und Entscheidung fordert, zum letzten darin, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der heutigen Jugend durch Demonstration, propagandistische Arbeit und Kundgebungen aller Art bis zur Straßenschlacht tätig in das politische Leben eingzugreifen sucht.

Die Radikalisierung erweise sich vor allem darin, daß die Jugend nicht mehr den Willen zu politischen Auseinandersetzungen hat, sondern vielmehr die Neigung zeigt, sich auf bestimmte Forderungen festlegen zu lassen, die dann gewaltsam ohne Aussprache mit Schlagwort und Faust als alleiniges Heilmittel durchzusetzen sind. Man kann ein organisches Wachsen nicht mehr ertragen. Zu dieser Aktivität gesellt sich eine jugendhafte Freude an Lärm und Theater und der Glaube an die Ueberzeugungskraft des Rowdiums und des Massenaufzugs. Wenn man die Tagungshefte des Jahres nacheinander durchblättert, so berührt es eigenartig, immer die gleichen Bilder zu finden: marschierende, einheitlich gekleidete Jungentrupps in geschlossenen, disziplinierten Reihen. Sie halten Gleichschritt, die Fahne an ihrer Spitze, die einmal die rote Fahne des kommenden sozialistischen Staates ist oder die Hakenkreuzfahne als Wahrzeichen des kommenden Dritten Reiches; ein andermal das Kreuz katholischer oder evangelischer Jugend oder die schwarze Fahne des Widerstandes gegen den Versailler Gewaltfrieden. Das Stehen und Marschieren in Reih und Glied ist allen Ausdruck ihres stärksten Lebensgefühls, bedeutet allen elementares Erlebnis, wirkt auf alle wie ein Raufsch.

(Fortsetzung folgt.)

Aus unserer Steffiner Jugendgruppe.

Die im freigewerkschaftlichen Jugendartell zusammengeflochtenen Bezirksjugendgruppen mußten bei unserer Arbeit Berücksichtigung finden. Deshalb haben wir im 1. Quartal nur sechs Jugendabende durchführen können. Von unseren Jugendkollegen wurde eine Vortragsreihe der hiesigen Volkshochschule belegt. Da mit einer Ueberlastung von Veranstaltungen zu rechnen war, mußten wir uns auf diese Jugendabende beschränken. Vom Jugendartell, das wir unterstützten, wurden elf Jugendabende, zwei größere Veranstaltungen mit befreundeten Organisationen, zwei Besichtigungen und eine Filmvorführung mit der gesamten städtischen Jugend durchgeführt. Die Beteiligung an sämtlichen Veranstaltungen war gut. Wünschen möchten wir jedoch, daß sich unsere Kollegenschaft mehr als bisher für unsere Jugendarbeit interessiert und uns bei dieser Aufgabe stützend und helfend zur Seite steht.

S. W.

Der ADGB. gegen Lohnabbau.

Am 7. Oktober trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Tagung in Berlin zusammen.

Der Bundesvorstand hatte die Tagung einberufen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober d. J. für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers

An alle Arbeiter!

Daß ihr einander die Schädel einschlagt,
Euch gegenseitig zerfleischt und verjagt,
Arbeiter!
Das ist die reinste Freude
Der wankenden kapitalistischen Welt!
Ihr sollt euch freuen, ob euch das Gebäude
Des Staates mehr oder minder gefällt,
Ob jener ein Bonze und dieser kein Feld.
Es fürchten die kapitalistischen Herr'n
Nicht Hakenkreuz und nicht Sowjetstern,
Arbeiter!
Eines nur jagt sie in Schrecken,
Eines nur ist's, das die Ruh ihnen kört:
Die Sorge, ihr könntet endlich entdecken,
Daß ihr Brüder seid und zusammengehört.

Und daß euch bisher nur ein Irrwahn bedrückt.
Wenn ihr euch gegenseitig hehnt,
Wird euch vom Herrn noch der Strich geschenkt,
Arbeiter!
Wittert ihr nicht den Braten?
Damit eure heiße Empörung sich kühlt,
Derkaleidet man euch als Parteifolianten,
Daß ein Prolet, betretet und gedrückt,
Den andern halbblütig umlegt und kühlt.
Oh, eure Unterdrücker sind schlau,
Die hohen Herren wissen genau,
Arbeiter!
Daß euch kein Heer widerstände,
Wenn ihr euch einet. Auf! Bändigt die Zeit!
Schließt euch zusammen, macht endlich ein Ende
Mit Unaktion, Linien- und Richtungsstreit.
Guer die Welt —
Wenn ihr einig seid.

nicht gegeben sei. Die Gewerkschaften können sich zudem den stürmischen und vollauf berechtigten Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe würden nicht durch die Gewerkschaften, sie würden durch das bittere Unrecht der Notverordnung selbst hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskämpfe treffe daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung.

Von zahlreichen Verbandsvertretern wurde des weiteren auf die wirtschaftlich unsinnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober d. J. sollen dem gesamten deutschen Volke die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues zwangsläufig ergeben müssen.

Abgelehnter Schiedspruch für Buchdruckerei-Buchbinder.

Wie vorauszusehen war, haben die am 6. Oktober im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen wiederum zu keiner Einigung geführt. Infolgedessen fällt der eingesehete Schlichter nach langwierigen Auseinandersetzungen und Verhandlungen folgenden

Schiedspruch:

In dem Tarifstreit zwischen dem Deutschen Buchdrucker-Verein einerseits, dem Verband der Buchbinder usw. sowie dem Graphischen Zentralverband andererseits, wurde von dem Reichsarbeitsminister eingesehene Schlichter nach vorhergegangener Parteiverhandlung folgender Schiedspruch gefällt: § 4 Ziff. 3 des Reichstarifs für Buchdruckerei-Buchbinder in der Fassung vom 27. Mai 1932 erhält hinter dem Abschnitt „Gehilfen“ folgenden

Arbeiterinnen

1. beim Eintritt im Alter von unter 16 Jahren:
 - a) im 1. Berufsjahr 25 Proz.
 - b) " 2. " 31 "
 - c) " 3. " 1. Halbjahr . . 38 "
 - d) " 4. " 2. " 43 "
 - e) " 3. " 50 "
 - f) nach dem 4. Berufsjahr 55 "
2. Beim Eintritt im Alter von über 16 Jahren:
 - a) im 1. Berufsjahr 1. Halbjahr . . . 31 Proz.
 - b) " 1. " 2. " 38 "
 - c) " 2. " 43 "
 - d) " 3. " 50 "
 - e) nach dem 3. Berufsjahr 55 "

Diese Regelung tritt in Kraft am 15. Oktober 1932.

Für die Laufdauer und Kündigung ist die in der Vereinbarung vom 27. Mai 1932 unter III getroffene Regelung maßgebend.

Die Erklärungsfrist für die Parteien untereinander und dem Schlichter gegenüber läuft am Mittwoch, dem 12. Oktober, mittags 12 Uhr ab.

Berlin, den 6. Oktober 1932.

gez. Dr. Dobberstein.

Damit sollen also die Lohnspannungszahlen für Arbeiterinnen unter 16 Jahren im ersten Berufsjahr von 26 auf 25 Proz. herabgesetzt werden, während die der nächsten drei Lohngruppen unter wie über 16 Jahre alter Arbeiterinnen um je 2 Proz. und die beiden Spitzenlohnsätze um je 2½ Proz. gekürzt werden.

Praktisch würde das bedeuten, daß die Löhne der Buchbinderarbeiterinnen in den Buchdruckereien jetzt herabgesetzt würden, während sich in der Entlohnung der Arbeiterinnen in den übrigen Buchbindereibetrieben (Api, ADGB.) nichts geändert hat. Das nur aus dem Grunde, weil die Löhne der Anlegerinnen und Hilfsarbeiterinnen im Buchdruckgewerbe in der letzten Zeit herabgesetzt wurden, nun auch die Löhne unserer Kolleginnen gesenkt werden sollen, trotzdem man vorher auf Unternehmerseite gegen die Gleichstellung der Löhne sich immer energisch zur Wehr gesetzt hatte, konnte bei unseren Vertretern natürlich kein Verständnis finden.

Unser Tarifschutz hat deshalb die Annahme des Schiedspruchs einmütig abgelehnt und es blieb daher dem Vorstand nichts anderes übrig, als dem Deutschen Buchdrucker-Verein sowie auch dem Schlichter von dieser Ablehnung Mitteilung zu machen. Für den Fall, daß der DGB die Verbindlichkeit des Schiedspruchs anstreben sollte, würde sich unsere Organisationsleitung sehr energisch zur Wehr setzen müssen. Die Aufgabe unserer Kollegenschaft in den Druckereibetrieben wird es aber sein, allen Versuchen der Unternehmer, eine einseitige Herabsetzung der Löhne durchzuführen, den energigsten Widerstand entgegenzusetzen.

Abrechnung über das 2. Quartal 1932.

Nach der vorliegenden Abrechnung, die wegen des beschränkten Umfanges der „Buchbinder-Zeitung“ und auch aus Ersparnisgründen nur noch in der nachstehenden gekürzten Form erscheinen kann, zählte der Verband am 30. Juni 1932 16 485 männliche und 28 606 weibliche Mitglieder, zusammen 45 091 Mitglieder. Gegenüber dem Stand vom 31. März 1932 bedeutet das einen Rückgang in der Mitgliederzahl um 505 männliche und 1796 weibliche Mitglieder, zusammen 2301 Mitglieder.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

	Mitglieder	
	männl.	weibl.
1. Beitragsklasse	130	3 515
1. „ m. Juv.	66	—
2. „	310	6 901
3. „	1 167	12 024
3. „ m. Juv.	—	5 128
4. „	2 558	935
5. „	12 254	103

Außerdem gehören noch 996 Lehrlinge der Lehrlingsklasse an, gegenüber 1097 am Schluß des vorigen Quartals.

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des zweiten Quartals 146 männliche und 319 weibliche Berufsangehörige. Aus anderen Organisationen traten 5 männliche und 11 weibliche Mitglieder zu unserem Verband über. Diese Zugänge verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen:

a) Männliche:

Lehrlingsklasse	105	Eintritte und Uebertritt	—
1. Beitragsklasse	4	—	—
2. „	2	—	—
3. „	8	—	—
4. „	6	—	—
5. „	21	—	5 Uebertritte

b) Weibliche:

1. Beitragsklasse	140	Eintritte und Uebertritt	—
2. „	91	—	9 Uebertritte
3. „	83	—	2

An Eintrittsgeld wurden 199,50 Mkt. entrichtet, davon 42,60 Mkt. von männlichen und 156,90 Mkt. von weiblichen Mitgliedern.

An Beiträgen wurden insgesamt 269 999,95 Mkt. geleistet. Davon entfallen auf die männlichen Mitglieder für 92 329 Beiträge = 143 283,10 Mkt., auf die weiblichen Mitglieder 173 421 Beiträge = 124 982,55 Mkt. und auf die Lehrlingsklasse für 11 562 Beiträge = 1734,30 Mkt. Nach dem Durchschnitt berechnet leistete in den 13 Wochen des Quartals jedes männliche Mitglied 5,6 und jedes weibliche Mitglied 6,1 Beiträge. Die durchschnittliche Höhe jedes einzelnen Beitrags betrug bei den männlichen Mitgliedern 155 Pfd., bei den weiblichen Mitgliedern 72,1 Pfd. und bei beiden zusammen 101,6 Pfd.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt sich die Beitragsleistung wie folgt:

a) Männliche Mitglieder:

Lehrlingsklasse	11 562 Beitr.	à 15 Pfd.	= 1734,30 Mkt.
1. Beitragsklasse	865 Beitr.	à 30 Pfd.	= 259,50
1. „ m. Juv.	762	à 70	= 533,40
2. „	1 452	à 60	= 871,20
3. „	5 008	à 75	= 3 756,—
4. „	13 371	à 130	= 17 382,30
5. „	70 871	à 170	= 120 480,70
Zusammen	92 329 Beiträge		= 143 283,10

b) Weibliche Mitglieder:

1. Beitragsklasse	20 963 Beitr.	à 30 Pfd.	= 6 288,90 Mkt.
2. „	40 011	à 60	= 24 008,60
3. „	74 837	à 75	= 56 127,75
3. „ m. Juv.	30 646	à 95	= 29 113,70
4. „	5 983	à 130	= 7 777,90
5. „	981	à 170	= 1 667,70
Zusammen	173 421 Beiträge		= 124 982,55

Für beitragsfreie Wochen infolge von Arbeitslosigkeit oder Krankheit wurden von den

männlichen und weiblichen Mitgliedern zusammen 241 771 beitragsfreie Warten geleistet. Durchschnittlich waren demnach in den 13 Wochen des ersten Quartals in jeder Woche 18 598 Mitglieder oder 41,2 Proz. der Mitglieder erwerbslos.

An sonstigen Einnahmen sind in den Zahlstellen 156,90 Mkt. zu verzeichnen, davon 156,60 Mkt. für zurückgezahlte Unterstufungen und 30 Pfd. für eine in Verlust gekommene Mitgliedskarte.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gauen belaufen sich auf 270 356,35 Mkt.

Zuflüsse aus der Verbandskasse waren 205 182,53 Mkt. für Zahlstellen und 18 812,90 Mkt. für die Bezirksleiter, zusammen 223 995,43 Mkt. erforderlich.

Die gesamten Ausgaben der Zahlstellen und Gauen belaufen sich ausschließlich der an die Verbandskasse eingehenden Beträge auf 497 242,03 Mkt. An die Verbandskasse wurde der Beitrag von 32 339,05 Mkt. eingehandt.

Von den Ausgaben entfallen 284 840 Mkt. auf die Arbeitslosenunterstützung, welcher Betrag sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt:

1. Klasse männl.	117,30 Mkt.	weibl.	1 333,— Mkt.
2. „	551,60	„	17 239,80
3. „	5 631,10	„	90 388,40
4. „	19 155,30	„	6 543,80
5. „	142 788,70	„	616,10
Zuständer	474,90	„	—

Zusamm. männl. 168 718,90 Mkt., weibl. 116 121,10 Mkt.

Für Krankenunterstützung waren 44 482 Mkt. erforderlich, die sich auf die einzelnen Beitragsklassen wie folgt verteilen:

1. Klasse männl.	35,70 Mkt.	weibl.	534,80 Mkt.
2. „	26,30	„	4 176,90
3. „	666,—	„	14 193,50
4. „	2 420,90	„	1 729,—
5. „	20 298,10	„	401,—

Zusamm. männl. 23 447,— Mkt., weibl. 21 035,— Mkt.

Invalidenunterstützung kam an 631 männliche und 52 weibliche Invaliden im Betrage von 79 955,50 Mkt. zur Auszahlung. Für ärztliche Atteste waren 415,93 Mkt. zu erstatten.

Für Umzugsunterstützung waren an 6 männliche und ein weibliches Mitglied 330 Mkt. zu zahlen.

An die Hinterbliebenen von 31 männlichen und 4 weiblichen verstorbenen Mitgliedern wurden zusammen 3667 Mkt. Unterstufungen gezahlt.

Für Rechtschutz wurden an vier männliche Mitglieder 748,67 Mkt. aufgewandt.

Als Gemahregelte waren vier männliche und 20 weibliche Mitglieder mit zusammen 824,40 Mkt. zu unterstützen.

An Extraaunterstützung für ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder wurden im 2. Quartal 18 464,50 Mkt. ausgezahlt.

Für Lohnbewegungen wurden in den Zahlstellen 727,51 Mkt. und für außerordentliche Agitation 397,15 Mkt. verausgabt.

Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben mußten 62 389,37 Mkt. den Zahlstellen und Gauen beflissen werden. Als Vortrag für das 3. Quartal 1932 verblieben 43 694,87 Mkt. in den Kassen der Zahlstellen und Gauen, dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 52 498,31 Mkt. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 50 059,09 Mkt. und an Ausgaben 275 934,23 Mkt. auf, so daß eine Mehrausgabe von 225 875,14 Mkt. zu verzeichnen ist.

Der Bestand der Reserven für die Invalidenunterstützung ist im 2. Quartal 1932 um 41 325,33 Mkt. zurückgegangen.

Die Unterstufungstafel der Funktionäre schließt für das 2. Quartal 1932 mit einem Bestand von 159 365,74 Mkt. ab.

Wilh. Greve.

Abrechnung der Verbandskasse.

Einnahmen.

Eingehandt von den Zahlstell. u. Gauen	32 339,05 Mkt.
Für Reichstarife und Lohnabkommen	7,50 „
„ Affordtarife	3,50 „
„ zurückertattetes Porto	31,36 „
„ Zinsen	17 536,10 „
„ Abonnements auf die Buchbinder-Zeitung	82,58 „
„ Ersatzbücher und -karten	59,— „
Summa	50 059,09 Mkt.

Ausgaben.

Gehälter der Beamten und Hilfskräfte	16 794,— Mkt.
Sitzungsgelder für Verbandsvorstand, Revisoren und Angestelltenrat	270,89 „
versicherungsbeiträge	1 816,45 „
Miete, Licht, Heizung und Reinigung	1 741,11 „
Miete für Telefonanlage	80,— „
Büroeinrichtung und -bedarf und Verschiedenes	143,35 „
Schreib- und Packmaterial	53,46 „
Buchdruck- und Buchbinderarbeiten	23,30 „
Postfach und Bankpfesen, Porto, Fracht und Fernsprechgeldern	759,05 „
Agitations- und Informationsreisen	738,50 „
Agitationsmaterial	223,09 „
Ehrenurkunden für Jubilare	1 443,80 „
Tariferatungen und Konferenzen des Tarifausschusses	2 275,40 „
Tarifische Druckschriften	30,20 „
Zuschüsse an Zahlstellen, Gauen und Bezirke	242 808,33 „
Umsatz- und Kapitalertragsteuer	46,50 „
Zinsen, Provision und Spesen	1 497,10 „
Porto und Gebühren für die Buchbinder-Zeitung	59,76 „
Literatur für die Buchbinder-Zeitung	197,91 „
Mitarbeit für die Buchbinder-Zeitung	109,00 „
Delegationskosten für die Buchbinder-Zeitung	117,70 „
Beitrag an die Funktionär-Unterstützungstafel	4 705,33 „
Summa	275 934,23 „

Bilanz.

Einnahmen	50 059,09 Mkt.
Ausgaben	275 934,23 „

Mehrausgaben 225 875,14 Mkt.

Wilh. Greve.

Die Richtigkeit vorstehender Abrechnung sowie der Kasse und Bücher bestätigen:

Berlin, den 15. Juli 1932.

W. Drehwald, 1. Vorsitzender.

Die Revisoren:

Hugo Lemser. Heinrich Keibel. Karl Renner.

Beschlungene Bücher.

In früheren Zeiten traf die oppositionellen Schriftsteller und andere Leute, die sich durch irgendeine „Schrift“ mißliebige gemacht hatten, oft eine seltsame Strafe. Sie mußten ihre Schriften verschlingen — und zwar buchstäblich, nicht etwa in dem heute gebräuchlichen Sinne des Wortes. Ein skandinavischer Schriftsteller, der ein politisches Buch verfaßt hatte, durfte wählen, ob er enthauplet werden oder sein in Fleischbrühe gekochtes Manuskript essen wollte. Isaac Volmar, der einige scharfe Satiren gegen den Herzog Bernhard von Sachsen geschrieben hatte, mußte sie ungestraft herunterzuschlucken. Noch schlimmer erging es dem Juristen Philipp Oldenburger. Dieser mußte nicht nur ein von ihm verfaßtes Pamphlet verschlingen, sondern wurde dazu noch ausgepeitscht, und zwar sollte mit der Büchsigung erst aufgehört werden, nachdem er das letzte Stückchen heruntergewürgt hatte. Im Jahre 1370 zwang Barnaba Visconti zwei päpstliche Delegierte, die Exkommunikationsbulle mit ihren Seidenfäden und dem Bleisiegel, die sie ihm gebracht hatten, zu essen. Die Bulle war auf Pergament geschrieben und daher besonders schwer verdautlich. Ebenso erzählte Delrich (1756) von einem österreichischen General, der einen Schuldschein über 2000 Gulden unterschrieben hatte und seine Günstiger dann zwang, als der Schein fällig war, ihn zu essen.

Erwerbslose! Haltet eure Verbandsbücher in Ordnung Klebt regelmäßig die schwarzen Marken

Der Arbeitsmarkt im September.

Nach dem ständigen Anschwellen der Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat zeigt sich zum ersten mal in diesem Jahre der saisonmäßig fällige Rückgang der Arbeitslosen- sowie Kurzarbeiterziffer. Die Zahl der gesamten Arbeitslosen fiel von 21 013 oder 46,1 Proz. auf 19 711 oder 44 Proz. und die der Kurzarbeiter von 14 535 = 31,9 Proz. auf 12 880 = 28,7 Proz.

Ein Vergleich der Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten und vor einem Jahr zeigt folgendes Bild:

Es waren vorhanden:

1931	Arbeitslose	Kurzarbeiter
Juli . . .	16 001 = 29,8 Proz.	16 301 = 30,4 Proz.
August . .	17 401 = 32,6 "	19 643 = 36,8 "
September	17 303 = 32,5 "	18 504 = 34,8 "
1932		
Juli . . .	21 195 = 46,0 "	13 916 = 30,1 "
August . .	21 013 = 46,1 "	14 535 = 31,9 "
September	19 711 = 44,0 "	12 880 = 28,7 "

Dementsprechend lauten auch die Konjunkturberichte aus den Betrieben günstiger. Von den 28 000 Berufsangehörigen, auf die sich die Berichte erstreckten, waren 16 Proz. gut und 50 Proz. schlecht beschäftigt, während für die restlichen 34 Proz. ein befriedigender Beschäftigungsgrad gemeldet wurde, während im Vormonat für 11 Proz. ein guter, dagegen für 60 Proz. ein schlechter Beschäftigungsgrad festgestellt worden war. Für die nächsten zwei Wochen wird mit einer weiteren Steigerung der Konjunktur gerechnet.

Branchenmäßig betrachtet, scheint die Konjunkturbesserung vornehmlich dem Buchbinder- und der Etuisbranche zugute zu kommen.

Hitlerbild statt Tariflohn.

Ein lehrreiches Beispiel dafür, wie es geht, wenn man sich willig alles bieten läßt, um dadurch Liebling des Unternehmers zu sein, wird uns von befreundeter Seite aus Reddinghausen übermittelt.

Der Buchbindergehilfe H. Börste klagte gegen den Buchdruckereibesitzer Anton Wirz in Datteln auf Nachzahlung des Tariflohnes, Bezahlung der Ueberstunden, Entschädigung des Tarifurlaubs und Zahlung der Versicherungsbeiträge. Herr Wirz, in dessen Räumen die Geschäftsstelle der Datteler Zeitung sich befindet, ist wegen seines energischen Eintretens für Adolf Hitler allgemein bekannt. Noch vor kurzem kaufte er ein großes Hitlerbild, um damit das Dritte Reich aufzurichten zu helfen. An sich könnte uns gleichgültig sein, was Herr Wirz mit seinem Gеше macht, wenn er bloß den Arbeitern den ihnen zustehenden wohlverdienten Lohn und die Versicherungsbeiträge für sie zahlte. Dafür hat aber Herr Wirz anscheinend kein Geld und muß daher auf der Anklagebank Platz nehmen.

Seit Beginn der Lehrzeit war Börste nicht weniger als fünf volle Jahre bei der Firma Wirz beschäftigt, ohne daß Herr Wirz ihm auch nur einen Tag Tarifurlaub gewährt hätte. Dem Buchbindergehilfen gab Herr Wirz einen Wochenlohn von 10 Mark, statt, wie der Tarifvertrag bestimmt, 28 Mark. Beim Abgang bescheinigte Herr Wirz dem Buchbindergehilfen, daß er die Versicherungsbeiträge für ihn gezahlt hätte. Es stellte sich aber nachträglich heraus, daß für die Zeit vom 5. August 1931 bis 28. Mai 1932 Herr Wirz weder die Beiträge zur Krankenkasse, noch die Invalidenbeiträge an das Versicherungsamt bezahlt hat. Im Termin, ebenso im Schriftsatz hat Herr Wirz die Be-

hauptung aufgestellt, daß der Kläger Börste nicht Mitglied einer Gewerkschaft sei bzw. während der strittigen Zeit keiner Organisation angehörte und somit keinen Anspruch auf den Tariflohn hätte. Es wurde aber von seinem Vertreter, dem Genossen Otter, unter Beweis gestellt, daß es anders ist, als Herr Wirz es behauptete. Dieser Vorgang sei eine Mahnung für die Arbeiter, sich zu organisieren, falls sie Anspruch auf den Lohn aus dem Tarifvertrag erheben. Schließlich machte das Arbeitsgericht einen Vergleichsvorschlag dahingehend: Herr Wirz zahle an den Kläger 200 Mk., Kläger verzichte auf weitere Forderungen. Der Beklagte sollte jeden Monat 50 Mk. an den Kläger zahlen. Herr Wirz martierte jedoch den Entrüsteten und erklärte, er wäre nicht in der Lage, dieses zu zahlen. Ueber diese Hittlermanier des Herrn Wirz bestürzt, erklärte der Rechtsvertreter des Herrn Wirz: Wenn er sich aber so anstelle und ein solches Benehmen an den Tag lege, dann sehe er sich gezwungen, seine Vertretung niederzulegen. Wenn Herr Wirz kein Rechtsempfinden habe, dann könne Wirz sofort seine Akten von ihm wiederhaben und er wolle mit dieser unliebsamen und blamablen Sache nichts mehr zu tun haben. Das waren energische, aber auch treffende Worte an Herrn Wirz, die er sich jedenfalls nicht hinter den Spiegel steckt. Unter dem Druck seines Rechtsvertreters ging — wohl oder übel — Herr Wirz auf diesen Vergleichsvorschlag ein und verpflichtete sich, 200 Mk., und zwar jeden Monat 50 Mk. in Raten zu zahlen. Heul Hitler!

Der Ausstand in Leipzig beendet.

In Nr. 42 unserer Zeitung gaben wir der Kollegenchaft bekannt, daß auf Grund der Notverordnung vom 5. September 1932 die Belegschaft der Großbuchbinderei Siele & Co. am 1. Oktober geschlossen in den Abwehrkampf eingetreten sei. Der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer hatte alles aufgeboten, um die Streikenden wankelmütig zu machen. Zunächst drohte der VDB. mit der Gesamtausparung. Weiter erwirkte der VDB. eine einstweilige Verfügung vom Arbeitsgericht Berlin, die unserem Verband verbietet, den Streikenden jede moralische und finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen. Doch alle diese Drohmittel perkelten bei den Streikenden ihre Wirkung. Sie standen fest und hätten noch lange festgehalten, um das Unrecht abzuwehren. Alles wird aber nicht so heiß gefessen, wie gefocht wird. Jedemfalls hat auch der VDB. erkannt, daß die von ihm angewandten Mittel nicht ausreichen, die Arbeiterschaft irre zu kriegen. Am Donnerstag, dem 6. Oktober, bekam die Streiksituation eine andere Wendung. Vertreter des VDB. hatten sich nach Berlin zum Zentralvorstand unseres Verbandes bemüht, um den Versuch zu unternehmen, den Konflikt in Leipzig beizulegen. Die dort geführte Verhandlung führte zu einer Vereinbarung folgenden Inhalts:

1. Die Arbeit bei der bestreiten Firma wird zunächst Sonnabend, den 8. Oktober 1932, wieder aufgenommen.
2. Die nichtgekündigten Arbeitnehmer werden wieder eingestellt. Ihr Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.
3. Der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer empfiehlt der Firma Siele & Co., bis zur Entscheidung über die strittige Rechtslage, die laut Notverordnung gekürzten Lohnsätze unter Vorbehalt auszus zahlen.

Nachdem diese Vereinbarung vorlag, begab sich die Gewerkschaftsleitung in Leipzig unter Hinzuziehung der Streikleitung zu der Firma, um über die Auslegung des dritten Punktes sich Aufklärung zu verschaffen. Auch diese Verhandlung führte zum vollen Erfolg für die Belegschaft.

Die Arbeit wurde am 8. Oktober unter den erwähnten Bedingungen wieder aufgenommen. Der einbehaltene Lohn wird ausgezahlt. Die Löhne werden zu den alten tariflichen Bedingungen weitergezahlt. Der Vorbehalt bezieht sich nur auf die neugeschaffene Rechtslage, die durch den schwebenden Prozeß herbeigeführt wird, mit der Maßgabe, daß die bis dahin ausgezahlten Löhne davon nicht berührt werden, also Rückforderungen vom Lohn nicht eintreten. Tritt die neue Rechtslage ein, die in einigen Monaten evtl. zu erwarten ist, so wird sich die Firma mit dem Arbeiter- und der Gewerkschaft verständigen.

Punkt 2 spricht davon, daß die nichtgekündigten Arbeitnehmer wieder eingestellt werden. Gefündigt wurde kein Arbeitnehmer. Ueber der Arbeiterratsvorsitzende Mähler wurde am zweiten Streiktag fristlos entlassen. Die Firmenleitung erklärte, daß Mähler unter keinen Umständen wieder den Betrieb betreten dürfe, nicht etwa, weil er mitgestreift hat, sondern weil Mähler pflichtwidrig und unter Arglist die Firma getäuscht hätte und noch andere Sachen vorlägen, die die Firma zur sofortigen Entlassung veranlaßt hätten. Das Arbeitsgericht wird sich in den nächsten Tagen mit dieser Angelegenheit befassen, um festzustellen, ob die Gründe stichhaltig sind, um so, wie geschehen, verfahren zu können. Trotz dieser immerhin pretären Sachlage beschlossen die versammelten Streikenden, da die Lohnfrage geregelt ist und unter der Voraussetzung, daß die Klage gegen die Firma im Falle Mähler durchgeführt wird, die Aufhebung des Streiks. Kollegen, ihr seht aus diesem Fall, daß auch Kämpfe durchgeführt werden können in einer Zeit wie der jetzigen, wenn ein fester Zusammenschluß gegeben ist. Ja, wenn der Unterdrückte zur Verteidigung seiner Existenz gezwungen wird, können auch Streiks unter den schlimmsten Bedingungen geführt werden, gegen die keine Paragraphen etwas ausrichten. Die A.D. hat auch in diesem Streit eine sehr widerliche Rolle gespielt. Fremde, der Belegschaft Siele nicht angehörende Personen versuchten mit allen Mitteln sich in diesen Kreis einzuschleichen. Ein ausgeschlossener Buchdrucker Piehsch hat sich besonders hervorgetan. Er spielte sogar den Getränkeverkäufer, als er von Siele an die frische Luft befördert wurde. Wie die schleichenden Wölfe umlungerte diese Gesellschaft das Streiklokal. Sie blieben aber ohne Einfluß, trotz aller Bemühungen, was an dem Ausgang des Streiks Bestätigung findet. Infolge dieses Zustandes hat sich die kommunistische „Sächsische Arbeiterzeitung“ in Schmähungen und Beschimpfungen gegen die örtliche Gewerkschaftsleitung überlugelt. Wir gönnen ihr den traurigen Ruhm, diese Rolle gespielt zu haben. Auch hieraus hat die Kollegenchaft die notwendige Schlussfolgerung zu ziehen. Weg mit diesen Gewerkschaftsgeripsplittern, Phrasenheiden und Lügen- gefindel.

Warnung vor Max Jach.

Wiederholt haben wir vor einem Menschen warnen müssen, der unter dem Namen Max Jach, geboren am 29. April 1886 in Glauchau, die Zahfstellen zu pressen sucht. J. versucht gegenwärtig in Thüringer Zahfstellen mit dem früheren Trick Unterstützung zu erlangen, weshalb wir alle Zahfstellen usw. vor demselben warnen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. **Lohnkürzungen infolge der Notverordnung.** Durch Rundschreiben Nr. 41 vom 1. Oktober haben wir auf Veranlassung des A.D.B. allen Zahfstellen einen statistischen Fragebogen übersandt, durch welchen die Auswirkungen der Notverordnung vom 5. September 1932 festgestellt werden sollen. Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß dieser Fragebogen nur für solche Betriebe auszufüllen bzw. einzufenden ist, wo Neueinstellungen und Lohnkürzungen stattgefunden haben. Im Bedarfsfalle bitten wir weitere Fragebogen von uns anfordern zu wollen.

2. **Materialversand.** Den Gau- und Ortsverwaltungen und Angestellten des Verbandes sandten wir dieser Tage die Schrift „Die Internationale Buchbinder-Föderation bis zum Jahre 1931“ und die Monatschrift „Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ zu. Sollte die Sendung irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir uns zu benachrichtigen.

Abrechnungen

Vom dritten Quartal 1932 gingen bis zum 11. Oktober bei der Verbandskasse ein von: Frankfurt a. d. Oder 350,— Mk., Rottbus —,— Mk., Spremberg 250,— Mk., Tiffit 90,— Mk. = Wschereleben 1500,— Mk., Burg 457,65 Mk., Rathenow —,— Mk., Torgau —,— Mk. = Wanfried 400,— Mk. = Randel 140,— Mk., Marburg —,— Mk., Reustadt a. d. Haardt —,— Mk. = Altenburg —,— Mk., Gößnitz —,— Mk., Greiz 165,05 Mk., Langensalza 500,— Mk., Saalfeld —,— Mk. = Grimmitzschau —,— Mk., Freiberg i. Sa. —,— Mk., Weißen —,— Mk., Oberwiesenthal 36,35 Mk., Rajchau 80,— Mk., Wurzen —,— Mk. = Reutlingen 700,— Mk. = Erlangen —,— Mk. = Kaufbeuren —,— Mk.